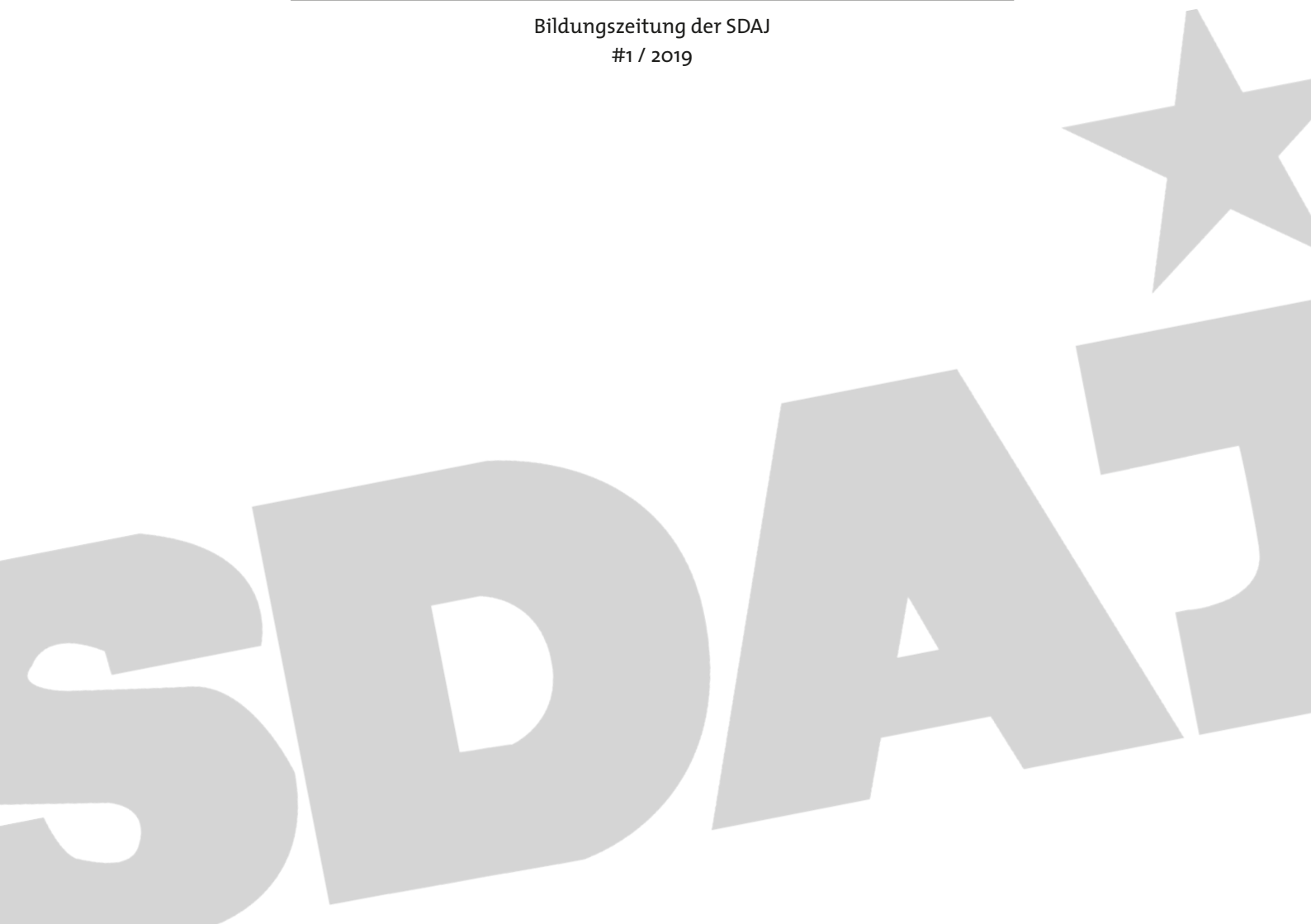

Reaktionärer Staatsumbau

Bildungszeitung der SDAJ
#1 / 2019



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59

Liebe Genossinnen und Genossen,

diese Bildungszeitung hat im Gegensatz zu anderen Zeitungen einen entscheidenden Nachteil: Es reicht nicht aus, sie einfach nur zu lesen. Sie hat nur dann einen Nutzen, wenn ihr sie lest und dann diskutiert. Und damit nicht genug. Die Bildungszeitung erfüllt erst dann ihren Zweck, wenn ihr eure Fragen und Antworten auf die heutige Zeit bezieht und in den Gruppen über die Aktualität des Themas diskutiert.

Wie ihr die Bildungszeitung durchführt, ist euch überlassen – ob auf drei Schwerpunktgruppenabenden, auf zusätzlichen abendlichen Bildungsterminen, auf einem Bildungsseminar. Die Durchführung sollte jeweils folgender Reihenfolge folgen: Fragen lesen, Texte lesen & Notizen machen, Verständnisfragen klären, Werkzeug- und Arbeitsfragen bearbeiten, ggf. weitere Fragen und Diskussionsbedürfnisse klären. Dabei lohnt es sich immer, ein kleines politisches Wörterbuch dabei zu haben...

Für alle Fragen zur Durchführung der Bildungsabende, weiterem Material oder anderen Nachfragen, wendet euch an die Bildungs-AG des Bundesvorstands. Von der Bildungs-AG erhaltet ihr auch die Handreichung zur Bildungszeitung mit einigen wichtigen Hinweisen.

Rote Grüße und viel Spaß bei der Durchführung,

Reaktionärer Staatsumbau

Die Entstehung von Staaten

Text 1

Eine Gesellschaft ohne Staat – das ist erst mal eine merkwürdige Vorstellung. Wenn wir über die Organisation von Gesellschaften nachdenken, beschäftigen wir uns dabei immer auch mit dem Staat. Der Staat erscheint damit leicht als etwas Ewiges, (fast) immer dagesessen und bis in die fernste Zukunft fortbestehend. Um zu verstehen, wie Staaten in der Menschheitsgeschichte entstanden sind und was sie ausmachen, müssen wir einen Ausflug zu den Anfängen der Menschheit unternehmen.

Den längsten Teil ihres Bestehens lebte die Menschheit nicht in staatlich organisierten Gesellschaften. Als umherziehende Jäger und Sammler lebten sie in Abstammungsgemeinschaften (Sippen, Stämmen und Stammesverbänden). Diese Gesellschaftsform bezeichnet Engels als „Gentilgesellschaft“. In der Gentilgesellschaft wurden keine systematisch über das Lebensnotwendige hinausgehenden Überschüsse erwirtschaftet. Es gab daher auch kein Mehrprodukt, das verteilt werden konnte. Jagdbeute, Unterkünfte und Werkzeuge wurden gemeinschaftlich genutzt, ein Privateigentum existierte noch nicht. Erst etwa ab 20.000 Jahren vor unserer Zeitrechnung begann mit der „neolithischen Revolution“ eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte. Die Menschen entdeckten also Viehzucht und Ackerbau und ließen sich in dafür geeigneter Umgebung nieder, sie wurden sesshaft. Mit dem Übergang zur Sesshaftigkeit wurde eine ganze Reihe revolutionärer Entwicklungen angestoßen, so wurden zur Verbesserung der Produktivität beispielsweise bessere Werkzeuge nötig, Siedlungen mussten gebaut und geschützt werden, der Handel zum Tausch der produzierten Güter organisiert werden.

Damit wurde erstmals eine gesellschaftliche *Arbeitsteilung* notwendig. Es entwickelten sich bspw. spezialisierte Handwerke heraus (Verarbeitung von Bronze, Verarbeitung von Holz etc.), während andere Menschen sich

auf den Ackerbau und wieder andere auf die Viehzucht spezialisierten. Zugleich bildeten sich Gruppen von Menschen heraus, die nicht mehr direkt an der gesellschaftlichen Produktion teilnahmen, sondern für deren Verwaltung zuständig waren (z.B. Planung von Infrastruktur oder Entscheidung über Verteilungskonflikte). Diese letzte Gruppe konnte nur existieren, da die Gesellschaft erstmals ein *Mehrprodukt* erwirtschaftete, also mehr produziert wurde, als für das bloße Überleben der Produzenten notwendig war. Es bildeten sich also Gruppen mit unterschiedlicher Stellung im gesellschaftlichen Produktionsprozess, die die Grundlage für die Entstehung von Klassen schufen.

Die Entwicklung von Klassen mit unterschiedlicher Verfügungsgewalt über das Mehrprodukt führte zur Anhäufung von Reichtum in den Händen Einzelner. Die von der direkten Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion freigestellten Verwalter konnten sich durch ihre Entscheidungsmacht einen immer größeren Teil des Mehrproduktes selbst aneignen, während z.B. die Bauern immer größere Teile ihrer Produkte an die Staatsorgane abgeben mussten.

Man kann sich leicht vorstellen, dass dies zwangsläufig zu Verteilungskonflikten zwischen den verschiedenen Klassen führte. Es entstanden die ersten Klassenkämpfe.



Der Staat – ein klassenneutrales Gebilde?

Was hat das alles mit dem Staat zu tun? Die Herausbildung von Klassengesellschaften und damit von Klassenkämpfen machte eine ordnende Macht erforderlich, um diese Kämpfe zu unterdrücken und das Funktionieren der Gesellschaft zu gewährleisten. Mit den Worten Friedrich Engels: „Der Staat ist das Eingeständnis, dass die Gesellschaft (...) sich in **unversöhnliche** Widersprüche gespalten hat.“¹ (Hervorhebung durch den Autor). Laut Engels ist der Staat also das zwangsläufige Produkt der Herausbildung von Klassengesellschaften, die Entstehung von Klassengesellschaften die Voraussetzung für die Bildung von Staaten. Im Staat kommen *unversöhnliche*, d.h. *antagonistische* Klassengegensätze zum Ausdruck. Indem der Staat das Funktionieren einer Gesellschaftsordnung gewährleistet, vertritt er die Interessen der Klassen, die von der bestehenden Ordnung jeweils profitieren. In der historischen Entwicklung wurden Staaten immer durch Vertreter der jeweils herrschenden Klassen geformt, mit dem Ziel, die Gesellschaftsordnung und damit ihre Herrschaft zu sichern. Staaten sind somit immer *Klassenstaaten*.

Gegenüber der Organisation der Gentilgesellschaft unterscheidet sich der Staat in mehreren Punkten. Um über immer weiter anwachsende Gesellschaften herrschen zu können, musste die Zugehörigkeit von Menschen zu Sippen oder Stämmen als Organisationsform der Gesellschaft abgeschafft werden. An ihre Stelle trat das *Staatsvolk*, das vor allem durch das Leben in einem bestimmten Gebiet definiert ist. Der Staat erhebt Anspruch auf die Herrschaft über alle auf seinem Territorium lebenden Menschen.

Um diese Herrschaft durchsetzen zu können, wird ein *Gewaltapparat* benötigt. Zu den Anfängen staatlicher Entwicklung bedeutete das vor allem die Herausbildung einer Gruppe von Kämpfern und die Trennung der größten Teile des Staatsvolkes von eigenen Waffen. Durch die Rekrutierung von Kämpfern durch die Herrschenden sicherten diese sich die Mittel zur Niederschlagung von Klassenkämpfen und zur Erweiterung des eigenen Staatsgebietes. Je weiter der Staat sich entwickelte, desto umfangreicher wurde auch seine öffentliche Gewalt. Zusätzlich zu Polizei und Armee gehören auch andere Teile des Repressionsapparates wie Gefängnisse

oder andere Zwanganstalten dazu. Neben diesen repressiven Apparaten schafften sich Staaten zunehmend Apparate zu ihrer Legitimation in den Augen der Bevölkerung: Für die Gesellschaft notwendige Aufgaben wie Hochwasserschutz oder Notstandshilfe bei Ernteauffällen sowie die Förderung von religiösen Erzählungen, die die jeweilige Staatsform als Ausdruck einer göttlichen Ordnung legitimierten, sind Beispiele dafür. Zur Finanzierung dieses Apparats wird die Einführung von *Steuern* und schließlich auch die Aufnahme von Staatsschulden nötig. Somit entsteht ein scheinbar über der Gesellschaft stehender Staatsapparat.



¹ Friedrich Engels: Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates

Die historische Entwicklung von Staaten an einem Beispiel

Bisher ist unsere Darstellung von Staaten als Klassenstaaten ziemlich abstrakt geblieben. Marxistische TheoretikerInnen haben sich das jedoch nicht einfach ausgedacht, sondern sind durch die Analyse der historischen Entwicklung von Staaten dazu gekommen. Marx selbst unterschied drei wesentliche Gesellschaftsformationen: Die primäre, die sekundäre und die tertiäre Formation. Die primäre Formation bezeichnet die klassenlosen Urgesellschaften, die sekundäre Formation die vorkapitalistischen Ausbeutergesellschaften (antike Sklavenhaltergesellschaft, Feudalismus) und die tertiäre die kapitalistische Gesellschaft. Im Folgenden beschränken wir uns auf die antike Sklavenhaltergesellschaft, um die in den vorherigen Abschnitten beschriebene Vorgehensweise kurz beispielhaft anzuwenden.

Ein wesentlicher Unterschied nach der Bildung sesshafter Gesellschaften im Vergleich zum Leben in nomadischen Stämmen bestand in dem Umgang mit besiegten Feinden. In einer in Stämmen organisierten Gesellschaft war eine Vertreibung oder Tötung rivalisierender Gruppen das logische Ende eines gewonnenen Konfliktes. Kämpften z.B. zwei Stämme um ein besonders gut zum Sammeln von Beeren geeignetes Waldstück, ergab es keinen Sinn, den besiegten Stamm am Leben zu lassen und mitzuversorgen. Doch in Gesell-

schaften, in denen Ackerbau und Viehzucht betrieben wurde, hörte dieses Vorgehen auf, sinnvoll zu sein. Stattdessen wurde es erstmals in der menschlichen Geschichte profitabel, Besiegte als Sklaven gefangen zu halten und sich deren erarbeitetes Mehrprodukt anzueignen. Erfolgreich war, wer möglichst viele Sklaven für sich arbeiten lassen und damit immer größere Reichtümer anhäufen konnte. Damit entstand eine neue herrschende Klasse, die Klasse der Sklavenhalter. Doch eine auf Sklavenhaltung basierende Wirtschaft machte neue staatliche Instrumente zu ihrer Organisation erforderlich. Um Besitzansprüche auf einen Sklaven festhalten zu können, mussten zentrale Register entstehen, in die sich Sklavenhalter eintragen konnten. Um Besitzansprüche an Ackergrund oder den Austausch von produzierten Waren zu regeln, mussten Gesetze erlassen werden. Um entflozene Sklaven einzufangen und Sklavenaufstände niederzuschlagen, wurde die Aufstellung bewaffneter Truppen erforderlich. Kurz: Die Entwicklung von Sklavenhaltung machte die Entstehung von Sklavenhalterstaaten notwendig. Diese Staaten hatten sehr unterschiedliche Formen – von der Republik bis zur Monarchie. Sie glichen sich aber im Charakter und hatten den gleichen Klasseninhalt. Das bedeutet, dass die gleiche Klasse an den Schalthebeln der Macht saß.



Der Staat im Kapitalismus

Im Kapitalismus stehen sich zwei Hauptklassen gegenüber: Kapitalisten- (Bürgertum) und Arbeiterklasse. Wie wir gesehen haben, ist die Funktion eines Staates die Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung, die ihn hervorgebracht hat, und damit die Durchsetzung der Interessen der jeweils herrschenden Klasse. Der kapitalistische Staat dient der Aufrechterhaltung der Herrschaft der Kapitalistenklasse, die die Voraussetzung für das Funktionieren einer kapitalistischen Gesellschaft ist. Konkret bedeutet das: Der kapitalistische Staat muss das Privateigentum an Produktionsmitteln schützen, „seinen“ Kapitalisten Vorteile in der internationalen Konkurrenz verschaffen und innerhalb des eigenen Staatsvolkes dafür sorgen, dass Klassenkämpfe besänftigt oder notfalls mit Gewalt niedergeschlagen werden. Der Staat stellt aber auch eine ausreichende Infrastruktur bereit, wie beispielsweise Straßen oder Schienenverkehr. Außerdem muss er dafür sorgen, dass das Kapital ausreichend gut ausgebildeten Nachwuchs vorfindet und dass gewisse Mindeststandards (z.B. Arbeitsschutzstandards) zur Aufrechterhaltung der Arbeitskraft seines Staatsvolkes durchgesetzt werden. Dazu zählen unter anderem Schulen, Krankenhäuser und Sozialarbeiter, die Leute (wieder) arbeitsfähig machen sollen. Dabei ist der Staat nicht das bloße Instrument einzelner Kapitalisten, sondern agiert als „ideeller Gesamtkapitalist“ (Engels, bzw. mit der Entwicklung des Imperialismus als „ideeller Gesamtmonopolist“ - dazu mehr im zweiten Text), als Vertreter der gesamten Kapitalistenklasse.

Die Machtausübung des Kapitals muss sich dabei nicht *direkt* vollziehen, sondern kann *indirekt* erfolgen. Auch der kapitalistische Staat kann (oberflächlich deutlich) verschiedene Formen annehmen. Beispiele für uns bekannte Formen sind: Konstitutionelle Monarchie, parlamentarische Demokratie, Präsidentschaftsdemokratie, Faschismus und einige mehr. Während z.B. im Faschismus eine sehr direkte und brutale Machtausübung des Kapitals durch Diktatur, Krieg, Zwang und physische Vernichtung von Widerstand vorherrscht, erfolgt die Durchsetzung von Kapitalinteressen im Parlamentarismus indirekter. Dabei verschärfen sich die Klassenwidersprüche im Kapitalismus im Vergleich zu vorherigen Ausbeutergesellschaften, die eine deutlich differenziertere Klassenstruktur hatten, durch die

Zuspitzung auf zwei Hauptklassen. Daher ist das Kapital zu einer stärkeren *Verschleierung* seiner Machtausübung gezwungen. Als Faustregel gilt: Je indirekter die Herrschaft des Kapitals, desto effektiver die Verschleierung und desto größer die wahrgenommene Legitimität des kapitalistischen Staates.

Diese indirekte Machtausübung in parlamentarischen Demokratien lässt sich in Deutschland gut zeigen. Formal kann sich jeder in den Bundestag wählen lassen, die Klassenzugehörigkeit spielt keine Rolle. Tatsächlich gelingt das natürlich nur Menschen, die über dafür ausreichende Mittel verfügen. Diese Mittel lassen sich entweder durch eigenen Wohlstand, Wahlkampfspenden oder durch die Unterstützung durch eine große politische Partei generieren. Auch die Parteien sind bis zu einem gewissen Grad abhängig von finanzieller Unterstützung und werben daher um die Gunst zahlungskräftiger Spender. Nicht umsonst erhalten alle im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der LINKE) regelmäßig Großspenden von Konzernen und reichen Einzelpersonen. Über finanzielle Zuwendungen oder deren Entzug können Kapitalvertreter Einfluss auf Parteien und deren Kandidaten nehmen. Ist das Parlament einmal gewählt, hört dieser Einfluss nicht auf. Auch an der Gesetzgebung werden Kapitalvertreter beteiligt, indem sie in Fachausschüssen des Bundestages angehört werden oder diesen Gesetzesentwürfe vorschlagen. Zudem herrscht ein ständiger personeller Austausch zwischen Politik und Wirtschaft (der sog. „Drehtüreffekt“). Ein besonders krasses Beispiel für den Einfluss des Kapitals auf die Gesetzgebung ist die Erarbeitung der „Agenda 2010“, bei denen ein zuvor von der Bertelsmann-Stiftung entwickeltes Reformkonzept im Wesentlichen unverändert in Gesetzestexte übernommen wurde. Abgesehen von der Beteiligung am Gesetzgebungsprozess nehmen Unternehmen und Wirtschaftsverbände über Wahlkampfspenden oder gut bezahlte, „ehrenamtliche“ Posten Einfluss auf Politiker. Neben diesen Formen der Einflussnahme auf die Gesetzgebung finanzieren Konzerne und Kapitalverbände z.B. Unterrichtsmaterialien und Lehrstühle an Universitäten oder gründen wirtschaftsnahe Think-Tanks und Vernetzungsplattformen, die Einfluss auf gesellschaftliche Debatten nehmen. Ein Beispiel hierfür ist die „Initiative neue soziale Marktwirtschaft (INSM)“. Die

1 INSM ist eine von Arbeitgeberverbänden ge-
 2 gründete und finanzierte Lobbyorganisation,
 3 die seit fast 20 Jahren regelmäßig VertreterInnen
 4 in deutsche Talkshows schickt, Schulma-
 5 terialien zur Verfügung stellt sowie massen-
 6 haft Bücher und Broschüren schreiben lässt.
 7 So ist zu erklären, warum trotz einer formal
 8 demokratischen Gesellschaft seit Jahren eine
 9 „Reformpolitik“ betrieben werden kann, die
 10 den Interessen des Großteils der Gesellschaft
 11 entgegensteht. Doch selbst wenn sämtli-
 12 che Formen der politischen Einflussnahme
 13 durch das Kapital effektiv verboten würden
 14 (was schon deswegen unmöglich ist, weil im
 15 Kapitalismus die Massenmedien in privater
 16 Hand sind), wäre die deutsche Gesellschaft
 17 weiterhin eine kapitalistische Gesellschaft -
 18 der deutsche Staat müsste schon aus Selbst-
 19 erhaltungstrieb eine Politik im Interesse des
 20 deutschen Kapitals betreiben. Darüber hin-
 21 aus wird die demokratische Mitbestimmung
 22 in kapitalistischen Staaten durch die Garan-
 23 tie des Privateigentums an Produktionsmit-
 24 teln (Artikel 14, GG) prinzipiell eingeschränkt.
 25 Indem der Staat dieses garantiert, schließt er
 26 zugleich Formen demokratischer Mitbestim-
 27 mung aus, in denen die Beschäftigten eines
 28 Unternehmens darüber entscheiden, was, wie
 29 viel oder zu welchem Zweck produziert wird.
 30 Zur Verschleierung gehört neben einer mög-
 31 lichst indirekten Machtausübung die Ver-
 32 mittlung einer ideologischen Rechtfertigung
 33 des Kapitalismus und des Staats. Zu keinem
 34 Zeitpunkt in der menschlichen Geschichte
 35 gab es einen größeren und ausdifferenzier-
 36 teren Ideologieapparat als in modernen,
 37 kapitalistischen Nationalstaaten. Dieser Ap-
 38 parat umfasst Massenmedien, Schulen, For-

schungsinstitute und Universitäten.
 Um seiner Rolle als „ideeller Gesamtkapita-
 list“ gerecht werden zu können, muss der
 Staat gegenüber den einzelnen Kapitalisten
 und ihren Vertretern mit einer *relativen*
Selbstständigkeit entgegentreten. Man kann
 sich den Staat nicht einfach als bloßes Werk-
 zeug in den Händen einzelner Kapitalisten
 und Politiker nicht als bloße Marionetten
 vorstellen. Um das Gesamtinteresse des deut-
 schen Kapitals vertreten zu können, muss der
 deutsche Staat auch Maßnahmen umsetzen,
 die den Interessen einzelner Kapitalen ent-
 gegenstehen. Wenn etwa Wirtschaftssankti-
 onen gegen Russland verhängt werden, um
 einen internationalen Konkurrenten um die
 Aufteilung der Welt zu schwächen, schadet
 dies bestimmten deutschen Konzernen, die
 Handel mit Russland treiben oder auf russi-
 sche Rohstoffe angewiesen sind. Es gibt also
 Widersprüche zwischen verschiedenen Ka-
 pitalgruppen, die der Staat im Sinne des Ge-
 samtinteresses des deutschen Kapitals und
 zum Nachteil der einen oder anderen Gruppe
 lösen muss. Dabei gibt es oft Uneinigkeit zwi-
 schen verschiedenen Politikern oder Kapital-
 vertretern darüber, wie dieses Gesamtinterese
 aussieht und wie es durchgesetzt werden
 muss. Die relative Selbstständigkeit ist also
 nicht Folge einer Unabhängigkeit vom Kapi-
 tal, sondern gerade der Weg für die Durchset-
 zung des Interesses des Kapitals als Ganzes.
 Der Staat muss ein stückweit selbstständig
 vom einzelnen Kapitalinteressen agieren
 können, um die Herrschaft des Kapitals als
 Klasse sichern zu können. Der kapitalistische
 Staat ist daher ein *Kampffeld* widersprüchli-
 cher Kapitalinteressen.

39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59



1 Zugleich ist der Staat auch Kampffeld zwi-
 2 schen den Interessen von Kapitalisten- und
 3 Arbeiterklasse. Um Klassenkämpfe (z.B. Re-
 4 formbewegungen von Arbeiterklasse oder
 5 Kleinbürgertum) abzdämpfen, ist der Staat
 6 manchmal gezwungen, reformistische Zuge-
 7 ständnisse zu machen. Diese Zugeständnisse
 8 bestehen z.B. in gewissen demokratischen
 9 Mitspracherechten oder in der Umsetzung
 10 von Reformen im Interesse der Arbeitenden.
 11 So konnte etwa die gesetzliche Lohnfortzah-
 12 lung im Krankheitsfall auf massiven Druck
 13 der Gewerkschaften hin durchgesetzt werden.
 14 Dieses Beispiel zeigt, dass auch in einem kapi-

talistischen Staat Kämpfe zur Verbesserung
 unserer Lebensbedingungen möglich und
 notwendig sind. Aufgrund seines Charakters
 als Klassenstaat des Kapitals kann der Staat
 zwar nicht einfach von der Arbeiterklasse
 „übernommen“ und bis zum Sozialismus re-
 formiert werden. Doch jede kommunistische
 Bewegung, die ernsthaft Menschen für sich
 gewinnen will, muss den Staat als Kampffeld
 für Reformen nutzen.

15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59

Werkzeugkontrolle

1. Wie definiert Engels den Staat? Was zeichnet Staaten aus? Diskutiert die Begriffe Form, Wesen und Klasseninhalt.
2. Wie sind Staaten entstanden? Wie entwickelten sie sich mit der Zeit?
3. Was zeichnet den kapitalistischen Staat aus?
4. Was versteht man unter relativer Selbstständigkeit des Staates?

Diskussionsfragen:

1. Wie unterscheidet sich Engels Definition des Staates von dem, was ihr im Schulunterricht gelernt habt und in den Medien hört? Diskutiert die bürgerliche Auffassung des Staates.
2. Wie setzen sich die Interessen der Kapitalisten im Staat durch? Wie sichert das Kapital seine direkte und indirekte Herrschaft?
3. Diskutiert an Beispielen, inwiefern der Staat sich a) als Kampffeld zwischen den Kapitalisten und b) als Kampffeld zwischen Kapital und Arbeit bezeichnen lässt.
4. „Jede kommunistische Bewegung, die ernsthaft Menschen für sich gewinnen will, muss den Staat als Kampffeld für Reformen nutzen.“ Was bedeutet das

konkret für unsere alltägliche Arbeit?
 Wie können wir dabei den Klassencha-
 rakter des Staates deutlich machen?

Zusatzmaterial/Tipps zum Weiterlesen

- SDAJ-Bildungszeitung: Staat und Revolution.
- Grundlagenschule: Abschnitt Staat und Revolution.
- Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates.
- Lenin: Staat und Revolution.
- Jürgen Kuczynski: Vom Knüppel zur automatischen Fabrik. Eine Geschichte der menschlichen Gesellschaft.

Der Staat im Imperialismus

Vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus

Text 2

Engels bezeichnete den kapitalistischen Staat als „ideellen Gesamtkapitalist“. Nun ist dieser frühe Kapitalismus, wie Engels ihn kannte, nicht statisch, sondern verändert sich durch die ihm innewohnenden Widersprüche immer weiter. Die wichtigste Veränderung beschrieb Lenin in seiner Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, in der er fünf grundlegende Merkmale dieser Veränderung beschreibt:

1. Konzentration der Produktion und des Kapitals zu Monopolen, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;

2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses „Finanzkapitals“;

3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung;

4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich aufteilen, und

5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet.

Lenin beschreibt hier weitgehende Veränderungen der ökonomischen Basis der Gesellschaft (v.a. die Bildung von Monopolen), die entsprechenden Veränderungen im politischen Überbau, und somit auch im Staat, nach sich ziehen. Die Monopole nehmen in der Wirtschaft eine beherrschende Stellung ein. Sie be-

herrschen den nationalen Markt und können somit sogenannte Monopolprofite machen. Durch die Kapitalkonzentration ergibt sich also eine veränderte Herrschaftsstruktur innerhalb der Kapitalistenklasse. So bezeichnete Lenin das 20. Jahrhundert als den „Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zu der Herrschaft des Finanzkapitals.“ Für die Bundesrepublik lässt sich die Entwicklung zum Monopolkapitalismus sehr eindrucksvoll mit Zahlen belegen: „Von insgesamt 3 Millionen steuerpflichtigen Unternehmen sind 99,7 % kleinere und mittlere Unternehmen, die etwa 38% aller Umsätze erbringen. Nur 0,3% sind Großunternehmen, die aber 62% der Umsätze erzielen. Diese 0,3% kann man als Konzerne betrachten, die Monopole sind oder die die Konkurrenz dicht an das Monopol herangeführt hat. Es handelt sich um gut 9000 Unternehmen.“¹ Dabei wird durch die Monopole zwar die freie Konkurrenz aufgehoben, aber nicht die Konkurrenz an sich: Konkurrenz gibt es weiterhin, aber auf einer „höheren Ebene“, als Konkurrenz zwischen Monopolen sowie zwischen Monopolen und Nicht-Monopolen.

¹ Binus, Landefeld, Wehr: Staatsmonopolistischer Kapitalismus



Der monopolkapitalistische Staat

Etwa um 1900 war der Prozess des Übergangs vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus abgeschlossen. Mit der Entstehung des Monopolkapitalismus verändert sich auch der Staat. Lenin beschreibt die „ungewöhnliche Stärkung der Staatsmaschinerie“, das „unerhörte Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparats in Verbindung mit verstärkten Repressalien gegen das Proletariat“ und bezeichnet den Monopolkapitalismus auch als staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Konkurrenz zwischen den Monopolen ist mit den ökonomischen Entwicklungen und der damit einhergehenden herausragenden Bedeutung des Kapitalexports, dem Kampf um die Neuaufteilung der Welt, schon längst keine nationale mehr, sondern eine internationale. Die Monopole brauchen ein Instrument, um in anderen Ländern Einflusszonen für billige Rohstoffquellen, Handelsrouten und Absatzmärkte zu erobern. Dieses Instrument ist der monopolkapitalistische Staat, der nun nicht mehr als Instrument der Kapitalisten insgesamt, als ideeller Gesamtkapitalist, handelt, sondern vor allem im Interesse der ökonomisch stärksten Konzerne, der Monopole, als ideeller Monopolkapitalist. Die monopolkapitalistischen Staaten erheben dann Schutzzölle, um ihren eigenen Markt vor ausländischen Monopolen zu schützen, schließen Freihandelsabkommen, um Zugriff auf die Märkte anderer Länder zu erhalten, üben diplomatischen Druck auf andere Staaten aus etc. – alles für den „Wirtschaftsstandort“ und die „internationale Wettbewerbsfähigkeit“, sprich die Interessen der Monopole. Wenn es diesen Interessen jedoch besser dient, denn nicht jeder Markt lässt sich durch Diplomatie, Bestechung und ökonomischen Druck erobern, muss Krieg geführt werden, im Zweifel auch ein Weltkrieg. Und auch dafür braucht das Finanzkapital den Staat. Das ist die „außenpolitische Seite“ der Entwicklung.

Doch auch „innenpolitisch“ muss sich der Staat der monopolistischen Entwicklung des Kapitalismus anpassen: Weil die Wirtschaft ohne ihn nicht mehr in der Lage ist, auch nur halbwegs katastrophenfrei zu funktionieren, muss der Staat immer stärker in den Wirtschaftsprozess eingreifen. Staatsinterventionen werden deshalb zur permanenten Erscheinung: Dauerhafte Subvention ganzer Wirtschaftsbereiche – beispielsweise der Steinkohle mit 2,7 Milliarden Euro im Jahr 2017, Staatsaufträge, Finanzierung von For-

schung und Entwicklung, Exportförderung, Übernahme des Lohns der Arbeiter von Privatunternehmen („Kurzarbeit“), Übernahme der Schulden von „systemrelevanten“, bis hin zur Teilverstaatlichung der Commerzbank 2009 für allein 10 Milliarden € um sie vor dem Bankrott zu retten. Heute ist der Staat der wichtigste wirtschaftliche Akteur. Das zeigt sich auch daran, dass die Staatsquote – also der Anteil der Staatsausgaben am Bruttoinlandsprodukt – in der BRD seit 30 Jahren konstant bei ca. 45% liegt. Das bedeutet, dass fast die Hälfte aller Ausgaben in Deutschland vom Staat getätigt werden.

Darüber hinaus stellt der Staat Milliarden für entsprechende Rahmenbedingungen (Verkehrsnetze, Bildung, Justiz etc.) zur Verfügung, ohne die eine hochentwickelte Wirtschaft nicht funktionieren kann. Insgesamt ist er zum unverzichtbaren Organisator des Wirtschaftsprozesses geworden. So hat Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) mit der „Nationalen Industriestrategie 2030“ im Februar 2019 einen „Zehnjahresplan“ vorgelegt, in der Richtlinien festgelegt werden, wie der deutsche Staat seinen Monopolen Konkurrenzvorteile verschaffen will. Im Papier heißt das dann: Unternehmen in bestimmten Schlüsselbereichen sind besonders zu stärken und zu schützen. Die Schlüsselbereiche sind die Stahl, Kupfer und Aluminium-Industrie, die Chemieindustrie, der Maschinen und Anlagenbau, die Automobilindustrie, die optische Industrie, die Medizingeräteindustrie, der GreenTech-Sektor, die Rüstungsindustrie, die Luft und Raumfahrtindustrie sowie die additive Fertigung (3D-Druck). Deutsche Unternehmen sollen noch gezielter als bisher durch den Staat unterstützt werden. Große Fusionen sollen rechtlich erleichtert werden. Bisher verhindern Wettbewerbsgesetze, die die „freie Konkurrenz“ gewährleisten sollen, „Mammuthochzeiten“ wie z. B. die Anfang 2019 gescheiterte Fusion der Monopole Siemens (deutsch) und Alstom (französisch).

Hintergrund ist die Konkurrenz zu den USA und China. Die Schaffung deutscher und europäischer Champions sei von strategischer Bedeutung. In den Bereichen „Plattformökonomie, Künstliche Intelligenz und Autonomes Fahren“ geht es um staatliche Beteiligungen, um hier kurzfristig die Konkurrenz aufzuheben und mit staatlichen Milliarden die deutschen Monopole (ggf. in einer Kooperation mit den französischen Monopolen, um noch stärker zu werden) zu „stärken und zu schüt-

1 zen“. Konkret genannt werden u.a. die Unter-
 2 nehmen Siemens, die Automobilhersteller,
 3 Thyssen-Krupp und die Deutsche Bank, also
 4 die Spitzenvertreter des deutschen Finanzka-
 5 pitals, deren dauerhafter Erfolg im nationa-
 6 len wirtschaftlichen Interesse von Bedeutung
 7 sei. Damit dieser Erfolg nicht gestört wird, ist
 8 es nur folgerichtig, auch weitere Maßnahmen
 9 zu ergreifen: Die Einschränkung des Streik-
 10 rechts (z.B. durch das Gesetz zur Tarifeinheit
 11 von 2015) ist dann wichtig, damit im Zweifel
 12 auch Streiks verboten (oder besser: gar nicht
 13 erst begonnen) werden können. Darüber hi-
 14 naus ist auch die „Innere Sicherheit“ zu ver-

bessern, zum Beispiel durch den Ausbau des
 Repressionsapparats und seiner rechtlichen
 Möglichkeiten durch neue Polizeigesetze.
 Auch damit sichert der Staat die Aufrechter-
 haltung der Herrschaft des Monopolkapital,
 indem er absichert, dass sich weiterhin die
 Mehrheit der Bevölkerung ausbeuten lässt.
 Lenin schreibt, dass sich im Monopolkapitalis-
 mus „die Riesenmacht des Kapitalismus mit
 der Riesenmacht des Staates zu einem einzi-
 gen Mechanismus“ vereinigt.

Unmittelbare materielle Vorbereitung des Sozialismus

22 Wenn Altmaier die deutschen Monopole mit
 23 einem „Beteiligungs-Fond“ des Staates vor
 24 Übernahmen schützen und gleichzeitig weit-
 25 gehende Kooperationen zwischen den Mono-
 26 polen z.B. für die Entwicklung von E-Auto-Ak-
 27 kus will, dann zeigt das zweierlei: 1. Der Grad
 28 der Vergesellschaftung der Produktion hat
 29 ungeheure Ausmaße angenommen. 2. Weit-
 30 gehende Kooperationen und Absprachen zwi-
 31 schen verschiedenen Monopolen und Staat
 32 sind ökonomisch sinnvoll und notwendig,
 33 um konkurrenzfähig zu bleiben. Warum soll-
 34 ten denn die drei großen Automonopole VW,
 35 Daimler und BMW getrennt E-Autos entwi-
 36 ckeln? Ökonomisch ist das völlig ineffizient.
 37 Die Kooperation wird jedoch immer wieder
 38 durch die weiterhin vorhandene Konkurrenz
 39 untergraben. Gelöst wird das Problem von
 40 gesellschaftlicher Produktion und privater
 41 Aneignung jedoch nicht, denn die Aneignung
 42 der Produkte (und des Mehrprodukts) bleibt
 43 eben privat. Diesen Zusammenhang erkann-
 44 te im grundlegend schon F. Engels: „Das Kapi-
 45 talverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird
 46 vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf

der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum
 an den Produktivkräften ist nicht die Lösung
 des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle
 Mittel, die Handhabe der Lösung.“

Mit der „Handhabe“ der Lösung meint Engels
 nichts anderes als die Enteignung der Mono-
 pole und ihre Überführung in ein Staats-
 monopol oder wie Lenin es formulierte: „Der
 Sozialismus ist nichts anderes als der nächste
 Schritt vorwärts, über das staatskapitalisti-
 sche Monopol hinaus. [...] Der Sozialismus
 ist nichts anderes als staatskapitalistisches
 Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes*
 angewandt wird und dadurch *aufgehört hat*,
 kapitalistisches Monopol zu sein.“ Deshalb
 ist „der staatsmonopolistische Kapitalismus
 die vollständige *materielle* Vorbereitung des
 Sozialismus, seine unmittelbare *Vorstufe* [...],
 denn auf der historischen Stufenleiter gibt
 es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die
 Sozialismus heißt, *keinerlei Zwischenstufen*
mehr“.

1 Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie
 bekämpfen soll.



1 **Monopolkapitalistisches Integrations-** 2 **problem**

3
 4
 5 Auf der anderen Seite muss der Staat im
 6 Monopolkapitalismus ständig und immer
 7 stärker zugunsten der Monopole in das Wirt-
 8 schaftsgeschehen eingreifen. Das geht nicht
 9 ohne die dauerhafte und immer stärkere
 10 Verletzung der Interessen der Arbeiterklasse,
 11 aller werktätiger Schichten und bis zu einem
 12 gewissen Grad auch des nichtmonopolisti-
 13 schen Teils der Bourgeoisie. Gleichzeitig ist
 14 die sicherste Herrschaft der Bourgeoisie die-
 15 jenige, die auf möglichst viel freiwilliger Zu-
 16 stimmung der Beherrschten zur Herrschaft
 17 basiert. Die Anwendung von zu viel Zwang
 18 und Gewalt birgt immer die Gefahr, die eigene
 19 Herrschaft zu delegitimieren. Spätestens mit
 20 der Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts
 21 1918 verschärft sich dieses Problem weiter:
 22 Wie können, obwohl der Spielraum für Refor-
 23 men und soziale Zugeständnisse kleiner wird,
 24 die Werktätigen trotzdem erfolgreich in die
 25 monopolkapitalistische Herrschaft integriert
 26 werden? Wie kann eine Politik, die den Inte-
 27 ressen einer kleinen gesellschaftlichen Min-
 28 derheit – den Monopolkapitalisten – dient,
 29 von der Masse der Werktätigen geduldet oder
 30 sogar getragen werden? Mit der Entwick-
 31 lung des Monopolkapitalismus schrumpft
 32 der Anteil derer, die objektiv ein Interesse an
 33 der Aufrechterhaltung dieses Systems haben,
 34 noch weiter. Das nennt der marxistische Sozi-
 35 alwissenschaftler Reinhard Opitz das „mono-
 36 polkapitalistische Integrationsproblem“.

37 In der aktuellen Situation zeigt sich die
 38 schwindende Integration beispielsweise in
 39 der sinkenden Zustimmung zu den „großen
 40 Volksparteien“ SPD und CDU. Seit Jahren ist
 41 sie auch in der Ablehnung der Mehrheit der
 42 Bevölkerung von weiteren Kriegseinsätzen
 43 und Aufrüstung der Bundeswehr spürbar
 44 und der Allensbach-Umfrage von 2019 zur
 45 Folge vertrauen nur 39% der Ostdeutschen
 46 und 56% der Westdeutschen in staatliche In-
 47 stitutionen.

48 Die wichtigste Antwort der Herrschenden
 49 auf das monopolkapitalistische Integrations-
 50 problem ist ein ausdifferenziertes Angebot
 51 an Ideologien und somit der Ausbau seiner
 52 ideologischen Instrumente. Aus Sicht des
 53 Monopolkapitals muss unbedingt verhin-
 54 dert werden, dass die Arbeiterklasse, andere
 55 werktätige Schichten und selbst kleine Kapi-
 56 talisten erkennen, dass laufend Politik gegen
 57 ihre Interessen gemacht wird. Der Hebel liegt
 58 also darin, die Werktätigen und die nicht-mo-
 59

nopolistischen Schichten von ihren eigenen
 Interessen abzulenken. Natürlich spielt dem
 Monopolkapital dabei in die Hände, dass die
 Verhältnisse des kapitalistischen Systems
 nicht auf den ersten Blick zu durchschauen
 sind. Darüber hinaus entwickelt sich seit der
 Ausbildung des Monopolkapitalismus ne-
 ben der Vermittlung der bürgerlichen Ideo-
 logie durch das Bildungssystem ein immer
 umfangreicherer Apparat von Medien, Stif-
 tungen und Initiativen aller Art. Weitere In-
 tegrationsmechanismen sind Reformen, der
 Parlamentarismus, Sozialpartnerschaft (bei
 der zur Aufrechterhaltung des Scheins der
 Partnerschaft auch hin und wieder etwas für
 die Arbeiter abfallen muss) oder beispielswei-
 se auch frauenfeindliche, rassistische und an-
 tikommunistische Ideologien.

All diese Ideologien bezwecken auf die eine
 oder andere Weise eine Solidarität mit einer
 monopolkapitalistischen Interessenspoli-
 tik und verschleiern die tatsächlichen Herr-
 schaftsverhältnisse. Dadurch soll eine politi-
 sche Integration aller nichtmonopolistischen
 Schichten geschaffen werden, sodass die mo-
 nopolkapitalistische Politik die formale Legi-
 timation durch die Mehrheit erhalten kann.
 Gelingt dem Monopolkapital diese Integra-
 tion immer? Nein, dafür steht seine Politik
 den Interessen der Bevölkerungsmehrheit zu
 stark gegenüber. Das kann unterschiedliche
 Folgen haben: Die eine ist, dass die ständige
 Verletzung der Interessen der Bevölke-
 rungsmehrheit durch Sozial- und Demokratieab-
 bau zur politischen Aktion gegen die mono-
 polkapitalistische Politik führt (so wie wir das
 z.B. in der SDAJ tun). Die andere Variante ist,
 dass dieselbe Verletzung dieser Interessen
 durch das Monopolkapital faschistischen Or-
 ganisationen in die Hände spielt. Wie kommt
 es dazu? Es kommt darauf an wie die täglich
 erlebten Widersprüche subjektiv verarbeitet
 werden. Die Angst vor dem Arbeitsplatzver-
 lust, der Leistungsdruck in Schule und Uni, die
 Sorge keinen „guten Job“ zu ergattern – das
 sind tägliche Erfahrungen der Arbeiterklasse
 und ihrer Jugend. Diese Angst oder auch Wut
 der nichtmonopolistischen Schichten kann,
 wenn sie „in der ihm permanent suggerier-
 ten monopolkapitalistischen Ideologie befan-
 gen“¹ bleibt, in für das Monopolkapital unge-

¹ Reinhard Opitz: Über die Entstehung und Verhin-
 derung von Faschismus.

fährliche, ja sogar nützliche politische Form umgelenkt werden. Sie richtet sich dann „außenpolitisch“ gegen den jeweiligen „Hauptfeind“ (z.B. Russland, China). „Innenpolitisch“ trifft es meist besonders schlecht gestellte Teile der Arbeiterklasse (Geflüchtete, Migranten) sowie die demokratischen Kräfte ¹ (PdL, DKP, Gewerkschaften, antifaschistische Orga-

¹ Mit „demokratisch“ sind alle die Kräfte gemeint, die die objektiven Interessen der nichtmonopolistischen Bevölkerungsmehrheit zum Ausdruck bringen. Das ist etwas Anderes als der gängige, bürgerliche begriff „demokratisch“.

nisationen und Interessensverbände der Arbeiterbewegung, aber auch Zeitungen z.B. die Junge Welt). Unbehagen und Protest schlagen so aufgrund des monopolkapitalistisch verfälschten Bewusstseins in faschistische Mentalität um, faschistische Massenbewegungen können so erzeugt werden. Gleichzeitig funktionieren diese Bewegungen auch immer als Stichwortgeber und Antreiber für die etablierten bürgerlichen Parteien. Auf diese Weise sind sie Produkt und Motor der allgemeinen Rechtsentwicklung, zu der auch der Ausbau des Repressionsapparats gehört.

Werkzeugkontrolle

1. Welche ökonomischen Veränderungen vollziehen sich in der Entwicklung vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus?
2. Welche Auswirkungen haben diese Veränderungen auf den Staat? Was zeichnet den monopolkapitalistischen Staat aus?
3. Welche Maßnahmen ergreift der Staat, um die Herrschaft der Monopole zu sichern?
4. Was beschreibt Opitz mit dem Begriff monopolkapitalistisches Integrationsproblem? Wie geht der Staat damit um?

Diskussionsfragen:

1. An welchen Stellen zeigt sich konkret, dass der Staat im Interesse der Monopole handelt? Gibt es Ausnahmen?
2. Im Monopolkapitalismus hat der Staat einen umfassenden Apparat gebildet, um die Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern und alle fortschrittlichen Bewegungen zu bekämpfen. Wie sollte unser Widerstand aussehen? Wie unterscheiden wir uns damit von linksradikalen und bürgerlichen Kräften? Wie können wir Ansätze fortschrittlichen

Bewusstseins nutzen?

3. Der Staat antwortet auf das monopolkapitalistische Integrationsproblem mit dem Ausbau ideologischer Instrumente. Diskutiert konkrete Beispiele für den Ausbau dieser Ideologie. Wie hängt der Ausbau dieser Ideologie mit Repression zusammen?
4. Was können wir dem umfassenden ideologischen Apparat entgegensetzen? Was können wir dagegen tun, dass die Widersprüche des Monopolkapitalismus auch in faschistisches Bewusstsein umschlagen können?

Zusatzmaterial/Tipps zum Weiterlesen

- Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus.
- SDAJ Grundlagenschule: Abschnitt Imperialismus.
- SDAJ Bildungszeitung: Imperialismus.
- SDAJ Bildungszeitung: Deutschlands Griff nach der Weltmacht.
- Lena Kreymann, Paul Rodermund (SDAJ Bundesvorstand): Eine Welt zu gewinnen, Abschnitt „Deutschland: Imperialismus und Großmachtsstreben“ (Jürgen Wagner).
- B-inus, Landefeld, Wehr: Staatsmonopolistischer Kapitalismus. Köln 2015.
- Opitz: Liberalismus – Faschismus – Integration. Bd.1



Widerstandsformen

Heimlichtuerei, undurchsichtige Vorfeldstrukturen und körperliche Konfrontation mit der Staatsgewalt sind einige Erscheinungsformen des Linksradikalismus. Sie zeigen, dass in diesen Strukturen der Fokus klar auf der Praxis liegt, wobei meistens ein klares Staatsverständnis und eine ausgearbeitete Strategie fehlen. Der Kampf um Reformen wird geringgeschätzt und als ausschließlich einbindend angesehen, stattdessen wird auf „revolutionärere“ Aktionen gesetzt. Besonders begründet ist diese revolutionäre Ungeduld wohl in etwas, wovon schon Lenin im „Linken Radikalismus“ warnte: Das mangelnde Abwägen der Klassenkräfte und Wechselbeziehungen und der konkreten Kampfetappe. Die Folge ist, dass diese Strukturen häufig annehmen, sie könnten durch eine Vielzahl von Konfrontationen einer radikalen Minderheit mit der Staatsgewalt eine revolutionäre Situation herbeiführen und somit den Kapitalismus besiegen.

Im Gegensatz dazu haben die meis-

ten Bündnisse, die für Demokratie, Menschlichkeit etc. entstehen wollen, gar nicht den Anspruch, diese Gesellschaft grundlegend zu ändern. Sie befassen sich aus einer moralischen Empörung heraus nur mit Symptomen des reaktionären Staatsumbaus, ohne zu erkennen, von wem dieser vorangetrieben wird: Vom Monopolkapital, von der demokratischen Mitte. Gerade seit dem Erstarken der AfD bilden sich viele solcher bürgerlichen Bündnisse. Ihre Aktionsformen sind u.a. Demos, Infostände, Menschenketten. Sie bilden zwar eine wichtige Gegenöffentlichkeit gegen die Rechtsentwicklung, führen in ihrem Außerachtlassen der ökonomischen Basis des Kapitalismus aber nicht selten dazu, dass sich die Anhänger von AfD und Co nur noch weniger ernstgenommen in ihrer berechtigten Unzufriedenheit fühlen. Darüber hinaus bietet die Mitarbeit in solchen Bündnissen auch die Grundlage für eine weit verbreitetes „Ich tu ja schon mein Bestes, um diese Gesellschaft besser zu machen.“-Mentalität, die

dazu führt, dass einzelne Kräfte sich auf ihrer punktuellen Arbeit ausruhen.

Wo ist unser Platz?

Es kann durchaus sinnvoll sein, zu einzelnen Themen mit linksradikalen Gruppen oder bürgerlichen Bündnissen zusammenzuarbeiten. In unserer Praxis sollten wir nicht auf kurzfristige radikale Formen orientieren, aber auch nicht auf rein moralische Debatten, sondern darauf, uns in den Massen zu verankern. Unser Fokus sollte dabei auf der Mobilisierung von Jugendlichen in Schule, Uni, Wohngebiet und Betrieb liegen. Unsere Aufgabe ist es, die bereits erkämpften, demokratischen und sozialen Rechte zu nutzen und gegen reaktionäre Angriffe zu verteidigen. Gleichzeitig müssen wir auch aufzeigen, dass es dabei nicht bleiben kann. Damit unsere Kritik nicht rein moralisch bleibt, müssen wir diese sowohl als Folge des reaktionären Staatsumbaus und als Rechtfertigung für diesen begreifen und entlarven. Als KommunistInnen ist es zudem unsere Aufgabe, die Ursache des Abbaus von Rechten und Freiheiten im Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium zu benennen.



Reaktionärer Staatsumbau

Was bedeutet eigentlich reaktionärer Staatsumbau?

„Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion. „Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft“, sagt Rudolf Hilferding völlig richtig in seinem „Finanzkapital“.“ - Lenin

Text 3

Wir erleben seit einigen Jahren massive Angriffe auf die Lebensbedingungen der werktätigen Schichten – Agenda 2010, Trend zur Schmalspurausbildung, Schuldenbremsen/Abwälzung der Krisenkosten etc. (siehe dazu Bildungszeitung „Kapitaloffensive gegen die Jugend“). Dazu kommen Bundeswehrensätze im Innern, wie beispielsweise beim G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 oder beim

G20-Gipfel in Hamburg 2017, Vorratsdatenspeicherung, zunehmende Überwachung, die neuen Polizeiaufgabengesetze und eine allgemeine Verschärfung der Repression gegen linke Kräfte (z.B. das Verbot von indymedia oder die aktuelle Debatte um ein Verbot der Roten Hilfe). Diesen Abbau erkämpfter sozialer und demokratischer Rechte bezeichnen wir als reaktionären Staatsumbau.

Ursachen des reaktionären Staatsumbaus

Wie im letzten Text diskutiert, ist das Monopolkapital darauf angewiesen, die ganze Gesellschaft zur Umsetzung seiner Ziele „auf Linie“ bringen. Spätestens mit dem Ersten Weltkrieg zeigte sich dieser Zwang in der Form, dass die Monopolbourgeoisie für ihre Herrschaft auf eine stabile „Heimatfront“ angewiesen ist. Andererseits aber sind die Ziele, hinter denen die Gesellschaft „auf Linie“ gebracht werden muss, ja eben nicht die Ziele der ganzen Gesellschaft, sondern es sind die Ziele alleine der Monopole. Und die Monopolbourgeoisie verletzt mit der Durchsetzung ihrer Interessen ständig die objektiven Interessen aller Bevölkerungsteile, auf deren Mitarbeit sie dennoch bauen muss. Dieses widersprüchliche Verhältnis kennzeichnet die Herrschaft im monopolistischen Kapitalismus. Und die ebenso widersprüchlichen Lösungsansätze, die das Kapital hierfür anbieten kann, machen das aus, was Lenin als Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion bezeichnet. Diese Wendung ist nicht erst vollzogen, wenn das Monopolkapital in der Form des Faschismus seine offene terro-

ristische Diktatur errichtet. Diese Wendung ist auch vollzogen, wenn die aktive Mitarbeit der Bevölkerung bei der Durchsetzung der Monopolinteressen gewährleistet wird durch ein System von Wahlen, Abstimmungen und Parlamentarismus. Denn nicht die Form des politischen Überbaus ist das Wesensmerkmal, auf das Lenin sich bezieht, sondern es ist eben jener inhaltliche Charakter des Monopolkapitalismus, für seine Herrschaft zwingend auf die geschlossene, seine imperialistischen Interessen durchsetzende „Heimatfront“ angewiesen zu sein – unabhängig davon, wie diese geschaffen wird.

Die Wahl der Form, mit der der imperialistische Staat die Herrschaft der Monopolinteressen organisiert, ändert nichts an seinem Inhalt. Die Wahl der Form richtet sich aber nach den jeweiligen Bedingungen und Möglichkeiten zur Interessendurchsetzung im Klassenkampf. Und weil diese Bedingungen und Möglichkeiten sich in ständiger Entwicklung befinden, müssen die Monopole zwingend daran interessiert sein, dass die Form des Staates diesen Entwicklungen angepasst

1 bleibt. Diesen Zwang, bei Bedarf die Form
2 anzupassen, in der ein Staat monopolkapitalistische Herrschaft organisiert, ist der Hintergrund, auf dem wir die aktuellen Schritte zum reaktionären Staatsumbau verstehen und mögliche weitere Entwicklungen beurteilen können.

8 Nicht das Wollen besonders reaktionärer Kreise und erst recht nicht die Machenschaften oder das Drängen dieser oder jener reaktionären Partei oder Bewegung sind Ursache für den reaktionären Staatsumbau. Diese sind selber erst Ergebnis einer bereits vollzogenen Rechtsentwicklung und dann auch noch brauchbare Mittel, um diese weiter voranzutreiben. In diesen Parteien oder Bewegungen und ihren Machenschaften stattdessen die Ursache zu sehen, das ist der stets wiederholte Fehler wohlmeinender bürgerlicher Demokraten, der sie zu untauglichen Versuchen verleitet, Rechtsentwicklung und drohenden Faschismus abwehren zu wollen, indem die vermeintlichen „Rechtskräfte“ isoliert und ihre Anhänger ausgegrenzt werden.

25 Worin bestehen nun die aktuellen Bedingungen monopolkapitalistische Herrschaft, welche den zwingenden Bedarf verursachen, diesen Staat in seiner Form so zu modifizieren, dass er die Erscheinungen hervorbringt, die wir als Rechtsentwicklung und als reaktionären Staatsumbau wahrnehmen?

32 Es sind die Widersprüche des Kapitalismus, zurückgehend auf den Grundwiderspruch von gesellschaftlichem Charakter der Produk-

35

36

37 **Deutschlands Griff nach der Welt-** 38 **macht**

39

41 Sieben Jahrzehnte ist es her, seit der deutsche Imperialismus sich mit der Gründung der BRD nach der Niederlage im von ihm angezettelten Zweiten Weltkrieg wieder eine staatliche Existenzform verschaffte. Und vor drei Jahrzehnten konnte sich der deutsche Imperialismus im Gefolge der Konterrevolution auch des Gebiets der DDR und dessen Bevölkerung und Ressourcen bemächtigen, die ihm bislang durch den Sozialismus entzogen waren. Auf Grundlage seines so gewachsenen ökonomischen Gewichts und nicht zuletzt auch mit Hilfe der Konkurrenzvorteile, die sich die deutsche Bourgeoisie in bewährter Unterstützung durch die Sozialdemokratie mit der Agenda 2010 verschaffen konnte, stieg der deutsche Imperialismus zur führenden Macht in Europa auf. Doch auch wenn es ihm so mit seinem Projekt der früheren EG

tion und privater Aneignung, die jede kapitalistische Formation dazu verdammen, der angestrebten sicheren und stabilen eigenen Fortexistenz lediglich krisenhaft hinterherhecheln zu können. Statt Stabilität kann das Kapital immer nur vorläufige Lösungen erringen, für die es mit noch größeren Schwierigkeiten und Widersprüchen auf erweiterter Stufe bezahlen muss. Auf dem Kampffeld der imperialistischen Bourgeoisien um Einfluss und Durchsetzung ihrer jeweiligen Interessen erzeugt diese Gesetzmäßigkeit die Gefahr kriegerischer Eskalation. Und die Wahrscheinlichkeit imperialistischer Kriege steigt mit der Krisenhaftigkeit der Existenzbedingungen monopolkapitalistischer Herrschaft. Um solche Kriege führen zu können, bedarf die Bourgeoisie aber einer Voraussetzung mehr noch als für seine gewöhnliche Herrschaftspraxis: Sie benötigt eine sichere Heimatfront. Und sie benötigt einen Staat, der in der Lage ist, diese Voraussetzung zu gewährleisten

und heutigen EU gelungen ist, seine Macht in einem Umfang zu entfalten, die er bei den vorangehenden Versuchen mit Panzern und Bombern nicht hat erreichen können, bleiben seine Herrschaftsinteressen nur krisenhaft gesichert. Doch auch mit Kooperationsprojekten wie der EU wird die imperialistische Konkurrenz nicht aufgehoben. Die seit 2007 fort-dauernde Weltwirtschaftskrise wurde vom deutschen Kapital und seinen Vertretern in der Regierung mit dem erklärten Ziel beantwortet, gestärkt aus der Krise hervorgehen zu wollen. Doch die hierzu den anderen EU-Staaten aufgezwungene Austeritätspolitik (d.i. Senkung von Staatsausgaben und Erhöhung von Steuern) führt in diesen Ländern zugleich zu sinkender Bereitschaft, sich weiterhin den in der EU vorherrschenden Interessen der deutschen Monopolbourgeoisie unterzuord-

1 nen. Je erfolgreicher der deutsche Imperialismus also bei der Verfolgung seines Ziels ist, 2 einen einheitlichen, seinen Interessen folgenden, europäischen Wirtschaftsraum als Basis 3 für sein Weltmachtstreben zu schaffen, desto 4 weiter unterhöhlt er die Voraussetzungen für 5 dessen Erfolg. Nicht zuletzt der Brexit deutet 6 an, dass die bisherige Grundlage des für 7 den deutschen Imperialismus erfolgreichen 8 EU-Projekts ihrem Scheitern näherkommt. 9 Das legt nahe, dass die Durchsetzung deutscher 10 Monopolinteressen in Zukunft auch innerhalb 11 Europas wieder auf konfrontativem, 12 ggf. militärischem, Wege geschehen kann.

13 Doch nicht nur auf dem Feld des EU-Projekts 14 haben die Monopolherren Anlass, sich auf 15 härtere Zeiten vorbereiten zu müssen. Gerade 16 mussten sie feststellen, dass sie sich gegen 17 den US-Imperialismus, der mit seinen Embargos 18 Iran, Nordkorea und andere Nationen zu 19 unterwerfen bestrebt ist und China schädigen 20 will, nicht zur Wehr setzen konnten. Ge-

genüber China, dessen Aufstieg als bedeutende 1 Macht zu Sorge um den eigenen Einfluss 2 führt und dessen ökonomische Tätigkeit in 3 anderen Weltteilen von den Imperialisten in 4 Nordamerika und Europa als Konkurrenz betrachtet 5 werden muss, sehen sie sich zu einer 6 in sich widersprüchlichen Haltung getrieben: 7 Unlösbar zerrissen zwischen dem Zwang, 8 einerseits die kommende Konkurrenz zu bekämpfen, 9 und andererseits auf einem wichtigen 10 Exportmarkt die eigene Kapitalverwertung 11 realisieren zu müssen.

26 **Zerfall der integrativen Herrschaftssicherung**

31 Angesichts des zunehmenden Zerfalls der 32 integrativen Herrschaftssicherung (siehe 33 monopolkapitalistisches Integrationsproblem, 34 Text 2), also der „freiwilligen“ Einbindung 35 der Bevölkerungsmehrheit in die Interessen- 36 durchsetzung der Monopole, entsteht für den 37 Imperialismus ein Zwang, die sichere „Heimatfront“ 38 auch mit anderen Mitteln herzustellen – und 39 somit auch mit einer anderen 40 Form des Staats als den der bürgerlich-demokratischen, 41 parlamentarischen Republik.

42 Der Zerfall der auf „freiwillige“ Integration 43 bauenden Herrschaftssicherung des Monopolkapitals 44 begründet sich in der Unfähigkeit 45 des Kapitalismus, die objektiven Bedürfnisse 46 der Bevölkerungsmehrheit dauerhaft zu befriedigen. 47 Mit der Konterrevolution und aufgrund 48 der Schwäche der Arbeiterbewegung 49 konnte das Kapital umfassende Angriffe auf 50 unsere Rechte durchzusetzen. Damit wurde 51 aber auch die integrative Funktion geschwächt. 52 Die aus dem Monopolkapitalismus 53 unvermeidlich erwachsende Unzufriedenheit 54 verschärfte sich somit weiter und bedeutet

nun keineswegs, dass hieraus spontan eine 1 Opposition entsteht, die sich wirksam gegen 2 die monopolkapitalistischen Verursacher jener 3 Zustände wendet, die sie als unzumutbar 4 empfinden. Doch die wachsende Unzufriedenheit 5 untergräbt die Bedingungen der integrativen 6 Herrschaftsform. Eine „Volkspartei“ SPD, die 7 sich inzwischen freuen muss, wenn sie bei 8 Wahlen noch 15 % der abgegebenen Stimmen 9 erhält, der Zulauf rechter Protestbewegungen, 10 die sechs Monate dauernden Verhandlungen bis 11 es möglich war, dass die gewählten Abgeordneten 12 nach der letzten Bundestagswahl eine Regierung 13 wählten, und schließlich auch das inzwischen 14 immer lauter vernehmbare Mahnen des Monopolkapitals 15 an sein politisches Personal, eine von 16 Zugeständnissen an die Bevölkerung befreite 17 Handlungsfähigkeit nachzuweisen – das sind 18 deutliche Symptome für den Verlust der 19 Integrationskraft des bürgerlich-demokratischen 20 Staats, mit dem das Monopolkapital während 21 der letzten siebzig Jahre seine Herrschaft 22 organisieren konnte.

G20, Polizeigesetze und Erstarken faschistischer Kräfte

Wenn wir dann sehen müssen, wie der G-20 Gipfel in Hamburg genutzt wird, um die Aufstandsbekämpfung in einer Metropole zu trainieren (die Bilder von polizeilichen Einheiten, die mit Sturmgewehren bewaffnet in einer Demonstration agieren, waren wohl kaum ein durch Versehen entstandenes Ereignis), wenn wir die Bestrebungen und den Vollzug wahrnehmen, mit neuen Polizeigesetzen Bürgerrechte und wesentliche Prinzipien bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit zu zerschlagen, wenn wir sehen, wie mit dem polizeistaatlichen Konstrukt des „Gefährders“ die Wiederkehr der Schutzhaft ermöglicht wird (also der formalen juristischen Konstruktion für die Legitimierung des faschistischen KZ-Systems), dann sollten wir diese Maßnahmen als Reaktion der Monopolbourgeoisie auf die oben beschriebenen Entwicklungen seiner Herrschaftsbedingungen verstehen. Und wenn wir dabei erkennen, dass der Imperialismus dem Zwang unterliegt, auf die Krisenhaftigkeit seiner Herrschaft mit eben solchen Maßnahmen zu reagieren, dann wird uns diese Erkenntnis nicht dazu verleiten, ihn deswegen dafür zu entschuldigen. Diese Erkenntnis wird uns aber vor dem sinn- und hilflosen Versuch bewahren, den Imperialismus durch Entgegenkommen, „die Füße stillhalten“ oder durch gutes Zureden von seinen reaktionären Schritten abbringen zu wollen.

Im Nachbarstaat Frankreich, dessen Monopolbourgeoisie wohl innerhalb Europas mit Bedingungen konfrontiert ist, die, trotz relevanter Unterschiede, denen des deutschen Konkurrenten am meisten ähneln, wurde im November 2015 mit Verweis auf islamistische Terroranschläge der Ausnahmezustand erklärt. In den fast zwei Jahren bis zu seiner Aufhebung waren die Mitwirkungsmöglichkeiten des Parlaments bei der Gesetzgebung eingeschränkt, Grundrechte wie die Unverletzlichkeit der Wohnung beschnitten, konnten gesellschaftliche Proteste und selbst Streikmaßnahmen durch einfaches Polizeirecht reglementiert werden, wurden mehr als 4.400 Hausdurchsuchungen durchgeführt und die Möglichkeit geschaffen, Menschen präventiv, also ohne dass ihnen eine Straftat zur Last gelegt wird, zu inhaftieren, sofern sie als „Gefährder“ deklariert wurden. Die weit aus übergroße Anzahl der unter diesem Notstandsrecht vollzogenen Maßnahmen traf dabei nicht etwa Menschen, die als Islamisten

angesehen wurden, sondern waren gegen Gewerkschafter oder Umweltschützer gerichtet. Inzwischen sind in Frankreich viele Regelungen und Befugnisse des Ausnahmerechts in normales Recht übergegangen – ebenso wie dies mit den Polizeiaufgabengesetzen in deutschen Bundesländern geplant oder bereits vollzogen ist.

Die Rechtsentwicklung und die Maßnahmen zum reaktionären Staatsumbau bestehen nicht nur im Bereich des polizeilichen Repressionsapparats. Als 2011 die Existenz der faschistischen Terrorgruppe NSU öffentlich bekannt wurde und als dann auch schnell deutlich wurde, dass dieser Gruppe offensichtlich eine wohlwollende Pflege und Aufzucht durch den Geheimdienst mit der verlogenen Bezeichnung Verfassungsschutz zugekommen war, als dann auch noch ruckbar wurde, dass dieser „Verfassungsschutz“ die parlamentarische und juristische Aufarbeitung durch das massenweise Schreddern von Akten sabotierte, da wurde selbst in den staats- und konzerntreuen Massenmedien Kritik an dieser Behörde vernehmbar. Doch statt nun tatsächlich einer besseren rechtsstaatlichen Kontrolle unterworfen zu werden, ging auch dieser Geheimdienst nach kurzer Zeit gestärkt aus seiner Krise hervor. Seit 2011 sind seine Befugnisse und Möglichkeiten und auch die der anderen Geheimdienste weiter gewachsen und Schranken zwischen polizeilichen und geheimdienstlichen Bereichen wurden abgebaut. Das auffallend offensive Auftreten des im November 2018 geschassenen VS-Präsidenten Hans-Georg Maaßen sowohl gegenüber rechtsstaatliche Prinzipien einfordernden Medien wie auch gegenüber Regierung und Parlament gibt Grund zu der Annahme, dass es im Behördenapparat Kräfte gibt, die bereit stehen, bei der Umsetzung einer reaktionärer Form staatsmonopolistischer Herrschaft nicht allzu viel Rücksicht auf Bürgerrechte, Verfassung und andere Institutionen der bürgerlich-demokratischen Herrschaftsform zu nehmen. Berichte über Nazikameradschaften innerhalb der Bundeswehr und von ihnen organisierte Schattenarmeen lassen befürchten, dass der Monopolbourgeoisie auch im militärischen Herrschaftsapparat für diesen Bedarf brauchbare Ansprechpartner zur Verfügung stehen.



1 Während faschistische Bewegungen wie Pegi-
 2 da, die Identitären oder die AfD und Übergrif-
 3 fe auf Flüchtlinge und andere vermeintlich
 4 Nicht-Deutsche mittlerweile zur traurigen
 5 Realität geworden sind und gemeinhin als
 6 Essenz des „Rechtsrucks“ angesehen werden,
 7
 8

unterstützt der Staat diese also tatkräftig
 und sie werden häufig als Begründung für
 ohnehin bereits geplante reaktionäre Maß-
 nahmen genutzt. Sie sind somit nicht Ursa-
 che, sondern Symptom und Verstärker der
 Rechtsentwicklung.

9 Perspektiven im Kampf

10
 11 „Dem Monopol entspricht die politische Reak-
 12 tion.“ urteilte Lenin. Den Kapitalismus dazu
 13 bringen zu wollen, entgegen seinem eigenen
 14 Charakter zu handeln, bleibt ein aussichtslo-
 15 ses Unterfangen. Und doch muss unsere Stra-
 16 tegie aus mehr bestehen, als lediglich auf die
 17 Einsicht zu verweisen, dass die Grundlage für
 18 Reaktion, Krieg und Faschismus in der Herr-
 19 schaft des Imperialismus besteht und erst
 20 die Überwindung der kapitalistischen Klas-
 21 sengesellschaft die Gefahr bannen kann. Und
 22 unsere Strategie kann sich auch nicht darauf
 23 beschränken, diese – durchaus zutreffende –
 24 Einsicht zu propagieren.

25 Georgi Dimitroff spricht in seinem Referat auf
 26 dem VII. Weltkongress der Kommunistischen
 27 Internationale 1935 von Vorbereitungssetap-
 28 pen vor der Errichtung der faschistischen Dik-
 29 tatur, in denen bürgerliche Regierungen eine
 30 Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen.
 31 Und Dimitroff hebt die Notwendigkeit hervor,
 32 in diesen Vorbereitungsstapen gegen die
 33 Maßnahmen der jeweiligen bürgerlichen Re-
 34 gierungen zu kämpfen: „Wer in diesen Vorbe-
 35 reitungsetappen nicht gegen die reaktionä-
 36 ren Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen
 37 den anwachsenden Faschismus kämpft, der
 38 ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus
 39 zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.“
 40

41 Wir müssen heute den Kampf gegen die
 42 Rechtsentwicklung führen; gegen die Rechts-
 43 entwicklung, die nicht von der AfD betrieben
 44 wird, sondern von den bürgerlich-demokra-
 45 tischen Parteien. Es gibt Gründe, die es not-
 46 wendig machen, dass wir gemeinsam mit
 47 anderen gegen faschistische Bewegungen
 48 auftreten. Faschistische Sammlungsbewe-
 49 gungen leben davon, dass sie sich für die
 50 Bevölkerung als die Alternative zur und als
 51 Opposition gegen die herrschenden Verhält-
 52 nisse darstellen. Niemals und nicht einen
 53 Millimeter dürfen wir zulassen, dass ihnen
 54 diese Rolle zugestanden wird! Doch ohne
 55 den Kampf gegen die Rechtsentwicklung, die
 56 von den Monopolen und ihren Sachwaltern

in den Parteien der sogenannten „demokra-
 tischen Mitte“ ausgeht, ist antifaschistischer
 Kampf nicht möglich! Wir müssen deutlich
 und verständlich machen, dass dieser Kampf
 der entscheidende ist. Erst auf seinem Boden
 schaffen wir die Voraussetzung und die Chan-
 ce, dass auch der Kampf zur Zurückdrängung
 faschistischer Sammlungsbewegungen wirk-
 sam sein kann. Dabei eignet sich Interessen-
 vertretungspolitik als Kern dieses Kampfs. Sie
 schafft das Feld, auf dem wir unseren Mit-
 streitern die Einsicht vermitteln können, wer
 wirklich die Zustände verursacht, die ihre Un-
 zufriedenhheit und ihren Protest hervorrufen.
 Im gemeinsamen Kampf um unsere Interes-
 sen entfaltet sich das Verständnis der Fronten
 im Klassenkampf – und das ist und bleibt die
 wichtigste Voraussetzung für die Verhinde-
 rung von Rechtsentwicklung, reaktionärem
 Staatsumbau und Faschismus.

Werkzeugkontrolle:

1. Was bedeutet reaktionärer Staatsum-
 bau? Worin äußert sich der Rechtsruck?
2. Sammelt Beispiele für den Abbau
 demokratischer Rechte
3. In welcher Situation befindet sich
 deutschen Imperialismus? Wie wirkt sich
 diese auf unsere Rechte aus?

Diskussionsfragen :

1. Wenn die AfD nur ein Symptom des
 Rechtsrucks ist, macht es dann über-
 haupt Sinn andauernd gegen Nazis auf
 die Straße zu gehen? Müssten wir nicht
 eigentlich Proteste gegen die „demokra-
 tische Mitte“ organisieren, wenn die das
 doch alles mitausgelöst hat?
2. Können wir damit rechnen, dass der
 Rechtsruck endet, wenn Deutschland sei-
 ne außenpolitischen Ziele erreicht hat?
3. In dieser Bildungszeitung finden sich
 viele schöne Erkenntnisse, aber wie er-
 klärst du das, was du heute gelernt hast,
 deinen MitschülerInnen/KollegInnen/
 KommilitonInnen, so dass sie dich ver-
 stehen und du nicht wie ein Verschwö-

rungstheoretiker klingst?

4. Und nicht nur erklären: Wie lässt sich
 der Kampf gegen den Rechtsruck nicht
 nur auf geilen Großdemos gegen Poli-
 zeigesetze sondern auch ganz alltäglich
 in unserer Interessenvertretungsarbeit
 führen?

Zusatzmaterial/Tipps zum Weiterlesen:

- SDAJ Grundlageschule: Abschnitt Anti-
 faschismus.
- SDAJ Bildungszeitung: Soziale Demagogie
 des Faschismus.
- Lena Kreymann, Paul Rodermund (SDAJ
 Bundesvorstand): Eine Welt zu gewinnen,
 Abschnitt „Der Faschismus auf dem Weg
 zur Macht – Das Ringen um eine antifa-
 schistische Strategie“ (Jürgen Lloyd).
- Dimitroff: Die Offensive des Faschismus
 und die Aufgabe der Kommunistischen
 Internationale.
- Opitz: Der deutsche Sozialliberalismus
 1917-1933.
- Gossweiler: Zur Strategie und Taktik der
 SPD und KPD in der Weimarer Republik.
 (<http://kurt-gossweiler.de/?p=735>).

57 1 Georgi Dimitroff: Die Offensive des Faschismus
 58 und die Aufgabe der Kommunistischen Internati-
 59 onale.

Österreichische Verhältnisse

Seit Dezember 2017 regiert in Österreich eine schwarz-blaue Koalition aus der konservativen Österreichischer Volkspartei (ÖVP) und der „rechtspopulistischen“ Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Seitdem haben sich die Angriffe des Staates auf die Rechte der Arbeiterklasse massiv verschärft. Einige Beispiele sind die Ausweitung der maximalen Wochenarbeitszeit auf 60 Stunden, ein neues Gesetzespaket zur Überwachung, ähnlich der neuen Polizeigesetze in Deutschland, die Senkung des Arbeitgeberbeitrags für die gesetzliche Unfallversicherung und die Einführung eines österreichischen Hartz IVs nach deutschem Vorbild.

Neben den direkten ökonomischen Angriffen hat sich die Regierung zum Ziel gesetzt, Mitbestimmungsmöglichkeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften weiter einzuschränken. Beispiele dafür sind der Versuch, den Jugendvertrauensrat, das österreichische Pendant zur JAV, abzuschaffen, oder die Senkung des Stimmanteils der Vertreter der Arbeiterkammer in den Verwaltungsgremien der Sozialversicherungen zu Gunsten von Vertretern des Kapitals.

Nachfolger der großen Koalition

Diese Entwicklungen sind allerdings

kein neues Phänomen. Seit Jahrzehnten führen die fast durchgehend von Koalitionen aus ÖVP und der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) gestützten Regierungen in Österreich eine Offensive gegen die werktätige Bevölkerung. Die großen Koalitionen haben über Jahre Stück für Stück in Richtung Privatisierung vorangetrieben und Angriffe auf demokratische Rechte und Sozialabbau ermöglicht. Die jetzige Regierung betreibt die konsequente, aber auch radikalere Fortführung dieser Politik. Diese Verschärfung ist eine Folge des sich zuspitzenden Klassenwiderspruchs aufgrund der anhaltenden Krise. Die gesunkene Fähigkeit der Sozialdemokratie die Arbeiterklasse in den Kapitalismus einzubinden, macht es für die Bourgeoisie erforderlich, sich auf härtere Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse einzustellen.

Österreichische Verhältnisse verhindern?

In Deutschland fordert Linkspartei-Chefin Katja Kipping „österreichische Verhältnisse“ durch eine rot-rot-grüne Regierung zu verhindern und somit zu abzuwenden, „dass das Land weiter nach rechts abdriftet“.

Aber wer ist es, der gerade hier in Deutschland die Rechtsentwicklung vorantreibt? Die rot-schwarze Koalition. Wer hat mit der Agenda 2010 einen der schärfsten Angriffe auf die Arbeiterklasse seit Bestehen der Bundesrepublik gestartet? Die rot-grüne Koalition. Diese Regierungen stellen sich nicht gegen das Monopolkapital, sondern setzen die Interessen des Monopolkapitals durch und bereiten der weiteren Rechtsentwicklung somit ihren Weg. In dieser Forderung zeigt sich also das Fehlen einer Analyse der Ursachen für die Situation in Österreich und der Rechtsentwicklung in Deutschland. Die Niederlagen der Sozialdemokratie sind die Folge dessen, dass die Integrationsmechanismen der Sozialdemokratie zunehmend schlechter funktionieren und rechte Bewegungen daher vom Kapital als alternatives Mittel zur Einbindung von Teilen der Arbeiterklasse in den Kapitalismus genutzt. In Thüringen, wo sich eine rot-rot-grüne Landesregierung gebildet hat, schneidet die AfD Umfragen zufolge sogar besser ab, als im Bundesdurchschnitt. Die Rechtsentwicklung ist die Reaktion auf das zunehmende Scheitern sozialdemokratischer Integrationsstrategien – wir können sie also nicht durch die Sozialdemokratie stoppen, sondern nur durch konsequente Kämpfe für die Interessen der Arbeiterklasse.

